

NIEDERSCHRIFT

über die

47. Sitzung des Bürgerbeirates Wiesbaden

am 13.04.2005, 18.00 Uhr

Rathaus, Raum 107, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.05 Uhr

Anwesend waren:

Herr Henn, Frau Homberg, Prof. Jochem, Dr. von Poser, Herr Reiß, Herr Schüler, Herr Schuster, Herr Zaleski

Als sonstige Teilnehmer waren anwesend:

Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Pös, Dezernat IV

Frau Friedel-Dammrau, Dezernat IV

Herr Metz, AL 61

15 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger

Zu TOP 1 Problematik der Verdichtung der Villengebiete im Zusammenhang mit dem Antrag der LHW auf Aufnahme in die Liste der Weltkulturerbe

Die Vorträge und weiteren Auskünfte von Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Pös und Herrn Metz, dem Leiter des Stadtplanungsamtes werden zur Kenntnis genommen.

Es schließt sich eine Diskussion unter reger Beteiligung der anwesenden Wiesbadener Bürger an, die die Redebeiträge der Mitglieder des Bürgerbeirats unterstützen und die bisherige Haltung des Bürgerbeirats zum Thema wie folgt bekräftigen, wonach

der Bürgerbeirat

- *sich gegen eine übermäßige Verdichtung der Villengebiete Wiesbadens ausspricht und dazu auffordert, unverzüglich Bebauungspläne zu erlassen, die das Maß der baulichen Dichte verbindlich regeln (z. B. Firsthöhe),*
- *sich für den Antrag auf Aufnahme Wiesbadens in die Liste des Weltkulturerbes mit der Maßgabe ausspricht, dass eine behutsame städtebauliche Fortentwicklung möglich bleiben muss, damit Wiesbaden nicht Gefahr läuft Museumscharakter zu bekommen,*
- *sich dafür einsetzt, einen Masterplan zu entwickeln, der die erstrebte städtebauliche Entwicklung in den nächsten 10 bis 15 Jahren für die betreffenden Gebiete auszeichnet,*

Zu TOP 2 Entwicklung des Behörden und Justizzentrums

Die Auskünfte von Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Pös werden zur Kenntnis genommen und wie vor diskutiert. In den Diskussionsbeiträgen wird die Auffassung des Bürgerbeirats bekräftigt, wonach

- *zu bedauern ist, dass das Behördenzentrum nicht in der Innenstadt errichtet wird,*
- *zu fordern ist, dass die Justiz als dritte Gewalt im Staat einen angemessenen Standort mit guten Arbeitsbedingungen erhalten soll und insbesondere dem Anspruch der Recht sprechenden Gewalt folgend aller höchsten Gestaltungsansprüchen genügen muss,*
- *die Stadt und das Land aufgefordert wird, bereits jetzt eine Lösung für das freiwerdende denkmalgeschützte Objekt des Landgerichtes zu suchen.*

Prof. Jochem
Sitzungsleiter/in

Wilk
Protokollführung

Anlage zur Niederschrift

Tagesordnung